

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 51 (1957)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Totalabrustung ; Kommunismus und politische Freiheit ; Freiheit von Not und Furcht ; Westliche Überlegenheit?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140175>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lieber zugrunde gehen als hassen und fürchten, und zweimal lieber zugrunde gehen als sich hassen und fürchten machen — dies muß einmal auch die oberste Maxime jeder einzelnen staatlichen Gesellschaft werden! — Unsern liberalen Volksvertretern fehlt es, wie bekannt, an Zeit zum Nachdenken über die Natur des Menschen: sonst würden sie wissen, daß sie umsonst arbeiten, wenn sie für eine «allmähliche Herabminderung der Militärlast» arbeiten. Vielmehr: erst wenn diese Art Not am größten ist, wird auch die Art Gott am nächsten sein, die hier allein helfen kann. Der Kriegsglorienbaum kann nur mit *einem* Male, durch einen Blitzschlag zerstört werden: der Blitz aber kommt, ihr wißt es ja, aus der Höhe.

Friedrich Nietzsche in «Menschliches, Allzumenschliches», geschrieben um 1880.

WELTRUNDSCHE

Totalabrustung! Erleben wir nun wirklich den Beginn jenes *Völkeraufstandes gegen den Krieg*, der uns allein noch vor einer dritten — und diesmal wohl endgültigen — Weltkatastrophe retten kann? Man möchte es hoffen, wenn man die Bewegung gegen die Fortsetzung der *Atomwaffenversuche* verfolgt, die sich jetzt fast über die ganze Welt hin entwickelt. Gleichsam lawinenhaft anwachsend, so daß ihre einzelnen Ausdrucksformen überhaupt nicht mehr zu zählen sind, hat sie die amerikanische Regierung soeben veranlaßt, nun doch dem sowjetischen Drängen entgegenzukommen und zuhanden der gegenwärtig in London geführten Abrüstungsverhandlungen Vorschläge zu machen, die zum erstenmal «eine Beschränkung und unter Umständen eine vorübergehende Einstellung» der Versuche mit Wasserstoffbomben ins Auge fassen. Das ist ein wirklicher erster Erfolg der von Albert Schweitzer geforderten und sich allmählich bildenden Weltmeinung gegen den Atomkrieg. Und keine Anstrengung darf jetzt gescheut werden, um die Regierungen zu zwingen, ein Abkommen über die *dauernde*, nicht nur vorübergehende, Einstellung aller Versuche mit Atomwaffen irgendwelcher Art zu treffen. Wenn es wahr ist, was der frühere Direktor der Weltgesundheitsorganisation, der kanadische Dr. Brock Chisholm, gesagt haben soll, daß nämlich jede Explosion einer Wasserstoffbombe im Lauf der Jahre zum Tod von 50 000 Menschen zu führen drohe, so ist schon der Verzicht auf die Versuchsexplosionen eine wirkliche Lebensnotwendigkeit für die Menschheit.

Aber es darf bei diesem Verzicht nicht sein Bewenden haben. Der *Atomkrieg selber* muß in Acht und Bann getan werden. Die weitere Herstellung von Kernwaffen muß überhaupt aufhören, und die bis-

herigen Bestände an solchen Waffen sind vollständig zu vernichten, sei es kraft internationaler Vereinbarung, sei es als Wirkung des einseitigen Vorgehens einer der drei «Atomgroßmächte» (Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Großbritannien). Und zwar müssen die sogenannten taktischen Kernwaffen ebenso verschwinden wie die strategischen, da die taktischen, also nur bei eigentlichen Kampfhandlungen einzusetzenden Atomgeschoße schon heute so verheerend sind wie die «strategischen» Bomben, die Hiroshima und Nagasaki zerstört haben, und die Gefahr groß ist, daß aus einem Krieg «bloß» mit taktischen Kernwaffen früher oder später ein solcher auch mit richtigen Wasserstoffbomben entsteht.

Auch das genügt jedoch keineswegs. Die Westmächte sträuben sich ja des entschiedensten gegen die bloße Ausschaltung der Kernwaffen, die, wie sie sagen, der Sowjetunion und China ein erdrückendes Übergewicht an den herkömmlichen Waffen und den sie gebrauchenden Mannschaftsbeständen geben würde. Ich bin zwar überzeugt, daß der wahre Grund für das unbedingte Festhalten der Westmächte an ihren Atomwaffenrüstungen die Hoffnung ist, sie könnten in ein paar Jahren doch noch einmal den Vorsprung vor der Sowjetunion zurückgewinnen, den sie durch die Herstellung der ersten Atom- und dann der Wasserstoffbomben schon zweimal errungen, durch die ungeahnten Fortschritte der sowjetischen Kernwaffentechnik aber wieder verloren haben. Allein die Hunderte von kriegsbereiten russischen und anderen ostländischen Divisionen, die angeblich nur darauf warten, in den europäischen Westen einzubrechen, spielen in der Phantasie der «freien» Nationen eine derartig entscheidende Rolle, daß jeder Abrüstungsvorschlag, der Aussicht auf Zustimmung der Atlantikmächte haben soll, von vornherein auch die konventionellen Waffen umfassen muß*.

Das wäre an und für sich ausgezeichnet, weil eine Abrüstung, die die herkömmlichen Waffenarten (zu denen man auch schon die taktischen Atomgeschoße zu zählen begonnen hat) im wesentlichen unangestastet ließe, eben *keine* Abrüstung ist und die Kriegsgefahr auch ohne die «Drohung der kommunistischen Horden» nicht aus der Welt schaffen würde. Aber ist eine *wirkliche* Abrüstung, die sowohl die atomischen als auch die herkömmlichen Waffen in sich begreift, unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt denkbar? Besteht einigermaßen begründete Aussicht auf einen Erfolg der Abrüstungsvorschläge, die die Vereinigten Staaten einerseits, die Sowjetunion anderseits gerade jetzt in London Stück um Stück enthüllen? Die Urheber dieser Pläne selbst scheinen — trotz dem gedämpften Optimismus, den sie zur Schau tragen — durchaus nicht sehr zuversichtlich gestimmt zu

* Dies auch darum, weil ein Verbot bloß der Kernwaffen im Fall eines Krieges, der zunächst mit den «alten» Waffen geführt würde, ja doch bald mißachtet würde. Schon das zwingt von vornherein auch zum Abbau der konventionellen Rüstungen.

sein. Es handle sich — so wird zum Beispiel aus Washington berichtet — bei dem amerikanischen Plan «nicht um einen Abrüstungsvorschlag, sondern um einen Plan zu einem Abkommen am Rande der Abrüstung, um einen ersten Schritt in der Richtung auf ein Inspektionssystem am Boden und in der Luft, das verbunden wäre mit einem bescheidenen Abbau der schweren Waffen . . ., jedoch nicht von Kernwaffen». Vorsichtiger kann man es kaum ausdrücken, zumal wenn man dann noch hinzufügt, daß es Jahre dauern könne, bis nur solch ein «erster Schritt» auch wirklich gemacht sei!

Natürlich ist auch das begrenzte Abkommen, das die in Frage kommenden Mächte schließlich unterzeichnen, immer noch besser als die bisherigen endlosen «Abrüstungskonferenzen», die nie zu einem greifbaren Ergebnis geführt haben. Aber wenn ich meine Meinung offen heraussagen soll, so kann ich auch jetzt nicht an eine echte, das heißt den Krieg auch nur hinausschiebende oder gar ihn verhindernde Abrüstung glauben, solange die Regierungen, die über die Rüstungsbeschränkung verhandeln, erstens gleichzeitig ihren *Militäraparapparat* planmäßig weiter aufzubauen und zweitens den Kalten Krieg auf allen Fronten hemmungslos weiterführen. Das Wohlwollendste, was man über die Abrüstungsmethode der verschiedenen Regierungen aussagen kann, ist ja, daß ihre eigene Aufrüstungspolitik ihre besten Bemühungen um Abrüstung ständig durchkreuzt — sofern man all die Abrüstungsbestrebungen nicht einfach als Heuchelei und Unehrlichkeit bezeichnen will. Wie aufschlußreich ist doch, was der Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 1464) über die «phantastische» Militärparade vom «Tag der Wehrmacht» (18. Mai) aus Washington berichtet! «Welch ungeheuerer wissenschaftlicher, technischer, industrieller und finanzieller Aufwand!», so ruft der Mann begeistert aus. Und er fährt fort:

«Man hat Mühe, sich daran zu erinnern, daß drüben über dem Potomac im Staatsdepartement Harold Stassen über Abrüstung nachsinnt und Pläne brütet, über die sich die Vereinigten Staaten mit den Sowjets verständigen sollen. Vielleicht wird über diese Pläne viel Druckerschwärze fließen. Vielleicht führen sie zu Konferenzen, vielleicht zu Übereinkommen; aber es ist schwer, wenn nicht beinahe unmöglich, sich vorzustellen, daß die gewaltigen Anstrengungen, deren Früchte man hier vor Augen sieht, eingestellt oder preisgegeben werden könnten . . . Diese Dinge haben ihre eigene Dynamik.»

Was wir Rüstungsgegner schon tausendmal gesagt haben! An den Kriegsvorbereitungen hängen so ungeheuer viele und starke Gefühle, Leidenschaften und Interessen, daß sie sozusagen ein lebendiger Organismus mit eigenen Gesetzen geworden sind, die blind, selbsttätig, aber entsetzlich geradlinig fortwirken, wenn man sie einmal in Gang gebracht hat — bis hin zum katastrophalen Ende. Und die Kräfte, die hinter dem Kalten Krieg stehen, sorgen ja unermüdlich, Tag und Nacht, dafür, daß die Rüstungsmaschinerie nie stillsteht, vielmehr auf immer höheren Touren läuft. Wie sollen da Abrüstungsverhandlungen jemals

zu einem annehmbaren Ziel führen? Wo ist der Meister, der mit seinem machtvollen Wort die Zauberlehrlinge zur Ordnung riefe und das Ungeheuer, das sie losgelassen, noch rechtzeitig zu bändigen vermöchte? Wir sehen nirgends eine solche Kraft am Werk — und das ist das ganze Elend dieser entscheidungsvollen Zeit. Den wie immer zielklaren, bis zum Letzten entschlossenen Mächten des Bösen steht auch hier keine ebenso zielklare und entschlossene Macht des Guten gegenüber, die überlegen in den schicksalhaften Ablauf der Geschichte eingriffe und Kriegswagen, Schwerter und Speere zerbräche, Frieden auf Erden schaffend und Recht und Gerechtigkeit unter den Völkern aufrichtend. Nur eine *ganz radikale Abkehr von dem Gewaltdenken*, dem sich alle Völker, die im Westen wie die im Osten, verschrieben haben, nur der mit ruhiger Selbstverständlichkeit geschehende persönliche Einsatz der Kriegsgegner, wie ihn in der höchsten, aber keineswegs der einzigen Form die Militärdienstverweigerer leisten, vermöchte die *Totalabrustung* herbeizuführen, die die Fortsetzung unseres Weges zum Totalkrieg verunmöglichen würde*. Viele, die bisher an die Unvermeidlichkeit der Kriegsrüstungen geglaubt haben, beginnen jetzt, angesichts der Drohung des Atomkrieges, neue Wege der nationalen Verteidigung zu suchen, wie der frühere englische Marineoffizier Sir Stephen King-Hall, einer der bekanntesten politischen Kommentatoren Großbritanniens, der in einem aufsehenerregenden Artikel die Einsetzung einer amtlichen Kommission zur Untersuchung der Frage anregt, ob nicht die «westliche Lebensform» am wirksamsten durch die Organisierung eines passiven Widerstandes verteidigt werden könne. Aber es sind ihrer immer noch viel zu wenige, die so denken und vortasten; es muß schon, wie ich am Anfang gesagt habe, ein eigentlicher Aufstand der Völker gegen den Rüstungswahnsinn kommen, wenn die Eigengesetzlichkeit des Militärmechanismus gebrochen und die näher und näher rückende Kriegsgefahr noch gebannt werden soll!

Aber auch bei dieser mehr negativen Lösung dürfen wir nicht stehenbleiben. Den Völkern muß auch eine *positive Aufgabe* gestellt werden, die an den Platz der Sammlung so ungeheurer Mittel und Kräfte auf die Kriegsvorbereitung hin treten soll. Wir sehen sie, was Westeuropa und Amerika betrifft, vor allem in der gemeinsam an die Hand zu nehmenden großzügigen *Hilfe an die unterentwickelten Länder*, einer Hilfe, die freilich — es ist das in den «Neuen Wegen» schon mehrfach gezeigt worden — nur im Rahmen einer neuen, einer *sozialistischen* Wirtschaftsordnung wirksam geleistet werden kann. Und das wiederum setzt voraus, daß die westliche Welt auf ihren militärisch verstandenen Kampf — den vorerst nur «kalten» Krieg — gegen die kommunistischen Länder verzichtet, diesen Kampf, hinter dem zuletzt

* Siehe das an anderer Stelle dieses Heftes wiedergegebene Wort Nietzsches — des besten Nietzsche —, auf das mich mein Freund René Bovard aufmerksam gemacht hat.

— auch das wurde hier immer wieder klargestellt — einfach der Wille der bürgerlich-kapitalistischen Weltkräfte und ihrer Hilfsvölker zur Selbstbehauptung und zur Vernichtung der sozialistisch-revolutionären Gegenkräfte steht, der aber, besonders planmäßig seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit dem trügerischen Schlagwort eines Kreuzzuges der Bekener politischer und persönlicher Freiheit gegen die finsternen Mächte kommunistischer Tyrannie und Unmenschlichkeit bestritten wird. Einen Beitrag zur Entleerung dieses Schlagwortes möchte der Schreibende, früher Gesagtes neu beleuchtend, im folgenden geben.

Kommunismus und politische Freiheit Von vornherein sei dabei gesagt, daß es sich nicht darum handeln kann, den Diktatur-, ja Terrorcharakter des Kommunismus, wie er sich besonders im Bereich der Sowjetmacht entwickelt hat, irgendwie zu verwischen. Ich unterschreibe durchaus, was Professor Cole in seiner vortrefflichen Schrift «World Socialism Restated» feststellt:

«Es ist eine offenkundige geschichtliche Tatsache, daß die Kommunisten überall, wo sie die Macht ausgeübt haben, rücksichtslos die Opposition unterdrückt und ihr diktatorisches Einparteiregime aufrechterhalten haben; daß sie unempfindlich für die Leiden aller gewesen sind, die sie bestraft haben, weil sie sie als politische Feinde oder mögliche Gegenrevolutionäre betrachtet haben; daß sie sich gröbster Entstellungen und oft sogar glatter Lügen über ihre Gegner schuldig gemacht und ihren Völkern die Möglichkeit vorenthalten haben, ihre falschen Behauptungen richtigzustellen, indem sie ihnen den Zugang zu wahrheitsgemäßer Auskunft sperrten; und daß sie bedenkenlos nichtkommunistische Sozialisten verraten haben, die mit ihnen für die Einigung der Arbeiterklasse zusammenarbeiteten, aber nicht bereit waren, sich völlig der Beherrschung durch die Kommunistische Partei zu unterwerfen.»

Auch die — ohnehin noch ganz ungenügende — innere Läuterung und Liberalisierung des Kommunismus, die seit dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Gang ist, vermag diese Feststellungen nicht zu entkräften; und erst recht bleibt bestehen, daß das falsche Menschenbild und die grundsätzlich atheistische Lebensauffassung und Geschichtsbetrachtung des Kommunismus auf die Dauer keine haltbare Grundlage für eine neue sozialistische Gemeinschaftsordnung abgeben kann.

Wenn das gesagt ist, so muß freilich der Wahrheit zuliebe auch beigelegt werden, daß die kommunistischen Staaten, mindestens auf den unteren und mittleren Stufen, der *Selbstverwaltung* und *Selbstbestimmung* des ganzen Volkes dennoch einen breiten Spielraum gewähren, oft einen wesentlich breiteren als unsere westlichen Demokratien. In der Sowjetunion zum Beispiel haben in den städtischen Bezirken und den ländlichen Siedlungen, in Fabriken und Werkstätten, im Schulwesen, in der Gesundheitsfürsorge, in der Sozialversicherung usw. die Bürger und Bürgerinnen ein weitgehendes Mitbestimmungs-

recht, so wie auch zwischen Wählern und Abgeordneten ein nach unseren Begriffen sehr enges Vertrauensverhältnis, verbunden mit offener Kritik und der Möglichkeit einer Abberufung des Volksvertreters, besteht*. Ähnlich ist es in China, wo die großen Reformen nur dank der aufgeklärten Mitarbeit und Sachkunde der Bevölkerung zu Stadt und Land durchgeführt werden konnten und weiter können. Vor allem die Neuverteilung des Bodens kam auf diesem Weg zu stande. «Die Bauern entdeckten so», schreibt Jean-Jacques Brieux in seinem wertvollen Buch «La Chine — du Nationalisme au Communisme», «daß sie selbst ihre beste Regierung waren ... Da die Tätigkeit der Partei und der Regierung nur die Normalisierung und Ausdehnung der örtlichen Gewalten war, befand sich die wirkliche Macht zum erstenmal in ihrer Geschichte in den Händen der Bauern.» Das gleiche gilt grundsätzlich auch für die übrigen revolutionären Neuerungen in China. Unser freiheitsstolzer Westen könnte hier von den kommunistischen Ländern sehr viel lernen — nicht zu reden davon, daß die schweizerische Männerdemokratie in bezug auf die Heranziehung der *Frauen* zur gleichberechtigten Mitarbeit an allen politischen Aufgaben hinter den kommunistisch regierten Völkern peinlich weit zurücksteht ...

Auf jeden Fall ruht sowohl in der Sowjetunion wie in China das kommunistische Regime auf der Zustimmung und dem Vertrauen der erdrückenden Volksmehrheit. Die westlichen Hoffnungen, das kommunistische Regime in diesen Ländern müsse am elementaren Widerstand der unterdrückten und ausgebeuteten Massen scheitern, haben sich alle bisher als trügerisch erwiesen und werden es weiterhin tun. «Damit es dazu käme», schreibt Paul Distelbarth in «Rußland heute» (1954), «müßten die Zustände dauernd schlechter werden, bis schließlich der Apparat ausgehöhlt wäre und Zusammenbrüche. Aber in Wirklichkeit werden die Verhältnisse unzweifelhaft langsam immer besser.» Bei wirklich schweren Mängeln, die sich zeigen könnten, würde man «das Personal der Regierung wechseln, auf keinen Fall aber das System. Neue Wege würden gesucht werden, aber niemand würde daran denken, zu überwundenen Ordnungen zurückzukehren». (Daß die Dinge in bestimmten sowjetischen Satellitenländern — zum Beispiel Ostdeutschland und Ungarn — anders liegen, ist an dieser Stelle oft genug vermerkt worden.) Was aber China betrifft, so sei auf das Buch der kanadischen Missionarsfrau Mary Endicott «Fünf Sterne über China» (Berlin 1956) hingewiesen, das voll ist von Zeugnissen für das Vertrauen des Volkes zum neuen Regime, so wie ich selbst es in China auch beobachtet habe. Die Lösungen und Maßnahmen der Regierung zur Überwindung der Mißwirtschaft des alten Regimes, so liest man da zum Beispiel, würden jeweilen nicht nur mit Zustimmung,

* Vergleiche dazu meine Weltrundschau im Februarheft 1952, Seite 71. Ferner Charlotte and Dyson Carter, We saw Socialism (Toronto, 1951), Seite 41 bis 54.

sondern mit Begeisterung aufgenommen und unterstützt. «Das kommt daher, daß die Volksregierung unter Maos Führung eine Politik im Dienste des Volkes durchführt, der keine selbstsüchtigen Motive zu grunde liegen. Und das ganze Land antwortet darauf mit der Bereitschaft, solche übeln Handlungsweisen, die aus der Zeit des alten Regimes stammen, gemeinsam zu beseitigen.» Das ist wirklich ein Stück guter Demokratie — *realer* Demokratie, auch wenn die formale, verfassungsrechtliche Demokratie noch fehlt.

Freiheit von Not und Furcht Daß unter uns, im Westen, der Nachdruck so einseitig auf die formale Demokratie gelegt wird, als ob die in den staatlichen Grundgesetzen «gewährleisteten» Freiheitsrechte alles oder doch die Hauptsache seien, kommt nicht zuletzt daher, daß uns die Lage und die Bedürfnisse der *unterentwickelten Völker* — die mehr als die Hälfte der Menschheit ausmachen — noch immer nicht in ihrer vollen Schrecklichkeit vor Augen und vor dem Gewissen stehen. Zwar ist ja auch in Westeuropa und Nordamerika der trügerische Charakter der Formaldemokratie nur allzu offenkundig. «Die formale Demokratie», so sah auch Nikolai Berdiajew klar, «verhüllt und maskiert nicht selten den realen Klassenkampf und verwandelt sich zum Organ der Klassenherrschaft. Damit aber wird die formale Demokratie zu einer Maske... Die politische Demokratie gibt dem Menschen politische Rechte, kann ihm aber eine reale Möglichkeit, sich dieser Rechte zu bedienen, nicht geben, weil diese Möglichkeit in der sozial-ökonomischen, nicht in der politischen Ebene liegt. In den formalen, politischen Demokratien werden die Menschen der Arbeitslosigkeit, der Not und dem Elend ohne weiteres preisgegeben; ja die ökonomischen Rechte der Persönlichkeit werden überhaupt nicht geschützt. Die politische und Rechtsgleichheit vereinigt sich mit der größten sozialen und ökonomischen Ungleichheit.» (*«Christentum und Klassenkampf»*, Seite 20/21.)

Das gänzliche Ungenügen, ja die Heuchelei der bloß politischen Freiheitslösungen erweist sich aber doch erst an den «zurückgebliebenen», das heißt von den «fortgeschrittenen» Völkern künstlich und absichtlich zurückgehaltenen Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Was die Ägypter und Perser, die Inder und Vietnamesen, die Mexikaner und Peruaner *am ersten* brauchen, das ist ja nicht das allgemeine Stimmrecht und die Pressefreiheit, sondern gesichertes Brot, menschenwürdiges Wohnen, planmäßige Gesundheitsfürsorge und allgemeine Volksbildung. Und das Geheimnis des Erfolges, den die kommunistische Lehre bei den *unterentwickelten Völkern* hat, besteht einfach darin, daß die Kommunisten dieses elementare Bedürfnis erfaßt haben und ihm mit den Mitteln abzuhelfen suchen, die die Lage der Bauern- und Arbeitermassen in der Sowjetunion, in China

usw. so sichtbar gehoben haben*. Die wilden Anklagen, die die satte westliche Welt gegen den Kommunismus schleudert, tönen in den Ohren der hungernden, vereidendeten Millionen des Ostens und Südens einfach hohl und unwahr. Und was R. H. Tawney, der Ehrenvorsitzende der englischen Religiös-Sozialisten, vor einem Vierteljahrhundert in seinem hier schon kürzlich einmal erwähnten Buch «Equality» («Gleichheit») schrieb, bekommt heute doppeltes Gewicht:

«Wenn individuelle Freiheit die Sicherheit der Einzelmenschen vor Willkürhandlungen bedeutet, dann ist das, was die Freiheit der Volksmehrheit bedroht, nicht so sehr das Eingreifen der Staatsgewalt wie dessen Ungenügen und infolgedessen die Möglichkeit, daß private Mächte in ihr Leben eingreifen und ihren Willen durchsetzen. In einer industriellen Zivilisation ist der große Leviathan nicht der Staat...; es ist das geschmeidige, dienstfertige, aber noch immer nicht völlig gezähmte Ungeheuer (der Kapitalismus. H. K.), das sich schwer über Bergwerksdörfer und Fabrikstädte legt oder von einem anspruchslosen Lagerplatz in irgend einem Geschäftsbüro aus die sanften, verhängnisvollen Voraussagen murmelt, die es später wahr machen wird. „Wenn es sich erhebt, zittern die Mächtigen“ — und wieviel mehr die Kabinette! „Pfeile sind für es wie Stoppeln.“ Wirklich — denn ihm gehören fünf Sechstel der Presse; es ist selbst ein Hauptlieferant von Pfeilen.»

Es ist darum auch ganz abwegig, wenn jetzt wieder von theologischer Seite gegen einen «sogenannten Sozialismus» losgezogen wird, «der uns glauben machen will, daß die letzte Sehnsucht nicht Freiheit, sondern Brot heiße», und wenn man behauptet, dieser sogenannte Sozialismus (gemeint ist natürlich der Kommunismus) mache aus der Neigung des natürlichen Menschen, sein Gewissen und sein freies Denken für materielle Vorteile zu verkaufen, ein Dogma, das Freiheit mit sinnlicher Ungebundenheit und Verantwortungslosigkeit verwechsle. (Siehe «Aufbau» 1957, Nr. 7.) Gewiß gibt es einen solchen Sozialismus, aber nicht nur in der kommunistischen, sondern auch in der klassisch marxistischen Bewegung, die diese Lebensanschauung von der kapitalistisch-bürgerlichen «Kultur» mit ihrem Materialismus und Atheismus übernommen hat. Allein der wirkliche Sinn auch des marxistischen Sozialismus ist diese Auffassung nicht, und es ist ja gerade die Ehre des «religiösen Sozialismus», daß er die tendenziöse Oberflächlichkeit des landläufigen Aburteilens über den Sozialismus

* Ein Beispiel ist auch Vietnam. «Das amerikanische Hilfsprogramm für Südvietnam», so wird dem «New Statesman» (18. 5.) aus Saigon geschrieben, «hat dessen Ideologie gelähmt. Das System des freien Unternehmertums ist ungeeignet für die rasche Entwicklung asiatischer Länder, die in Konkurrenz mit kommunistischen Ländern stehen. Es ist bezeichnend, daß in den drei Jahren seit dem Ende des indochinesischen Krieges keine einzige Fabrik in Südvietnam eröffnet worden ist und auch bestehende Fabriken, wie Zuckerraffinerien, nie wieder in Gang gesetzt wurden. In Nordvietnam können auch die bittersten Feinde des Marxismus nicht leugnen, daß die Vietminh-Leute neue Fabriken bekamen und diejenigen, die sie von den Franzosen übernahmen, in Gang gesetzt haben und neu ausrüsten. Nordvietnam entwickelt sich in viel schnellerem Tempo als der Süden und bekommt doch nur den dritten Teil der Auslandshilfe, die Südvietnam bezieht.»

von Anfang an scharf zurückgewiesen hat. «Es ist nicht wahr», rief Hermann Kutter in seiner «Revolution des Christentums» aus,

«daß der Sozialismus die Gemeinschaft der Menschen zu bloßen wirtschaftlichen Zwecken anstrebt... Es ist leicht, dem Sozialismus kulturrendliche Tendenzen — von den antireligiösen zu schweigen — vorzuwerfen, wenn man ihm keine höhere Aufgabe abzugewinnen weiß als die, für die Magenbedürfnisse der Menge eine noch dazu sehr fragliche Garantie zu übernehmen; leicht und wohlfeil, ihm die Minderwertigkeit und Sterilität dieser Aufgabe vorzudemonstrieren oder gar im Interesse einer von seinem ‚Materialismus‘ bedrohten Religiosität von dem Verderben zu orakeln, das das Verschwinden der materiellen Not für die Seele des Volkes mit sich bringe. Aber ein solches Gebaren richtet sich selbst, indem es auf der einen Seite eine unverzeihliche Unwissenheit und auf der andern eine satte Grausamkeit offenbart, die das Elend der Armen in Entbehrung eben der Güter, deren Überfluß im eigenen Hause man sich selbst zur Ehre anrechnet, mit einem Seelenheile kombiniert, um welches man sich selbst sehr wenig kümmert.»

Das gilt genau auch von der «leichten und wohlfeilen» Kritik am modernen Kommunismus. Leonhard Ragaz hat nie so dahergeredet wie die frommen Antikommunisten, hat vielmehr (in seiner «Geschichte der Sache Christi») zu sagen gewagt: «Die weltumwälzende Kraft des russischen Kommunismus kommt zuletzt doch von Christus her. Der von seiner offiziellen Vertretung auch auf dieser Linie verleugnete Christus erhebt darin inkognito sein Haupt» — wenn er auch gut genug gewußt hat, daß der Kommunismus «nicht das letzte Wort dieser Entwicklung (ist), weder für Rußland noch für anderswo». Und auch an Gandhis berühmtes Wort müssen wir hier denken: «Wie sollte ich von Gott zu den Millionen reden, die mit weniger als zwei Mahlzeiten im Tag auskommen müssen? Für sie kann Gott nur in der Gestalt von Brot und Butter kommen*.»

Wahrlich, es geht nicht darum, das Brot über die Freiheit zu stellen und sein Gewissen an materielles Wohlleben zu verkaufen; es geht darum, den unterernährten Millionen Brot zu geben, damit sie ein Leben in menschlicher Würde und sittlicher Freiheit führen können. Und diese Aufgabe ist es, von deren Erfüllung — auch in den zurückgebliebenen Ländern West- und Südeuropas, aber namentlich in den Hungergebieten der anderen Erdteile — der Kommunismus recht eigentlich lebt und von der er sein großes geschichtliches Recht empfängt, trotz all dem Unrecht, das er dabei begeht. So stellt denn auch G. D. H. Cole in der zitierten Schrift als wichtige Tatsachen fest:

«Erstens, daß die Kommunisten, was sie auch gesündigt haben mögen, die Revolution in Rußland durchgeführt haben und sie gegen alle Anstrengungen des Weltkapitalismus, sie einzukreisen und zu zerstören, auch aufrechterhalten sowie daß die Revolution in Rußland das Grundbesitzertum und den Kapitalismus über-

* Daß mit der Stillung des leiblichen Hungers das soziale Problem wirklich noch nicht gelöst ist, erkennt man auch in der Sowjetunion gut genug. Ein Zeichen dafür ist der ungeheure Erfolg, den Dudinzevs Roman «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein» dort gehabt hat — trotz oder zum Teil gerade wegen des Unbehagens, den das Buch und seine begeisterte Aufnahme in der Bürokratie hervorgerufen hat.

wunden und die Produktionsmittel sozialisiert hat, wodurch es erreicht wurde, daß die mächtige Zunahme der Produktionskraft ... auf die Länge den Arbeitern und Bauern zugute kam und Rußland aus einem Zustand primitiver Barbarei zu einer führenden Stellung unter den Weltvölkern emporstieg. Die zweite Tatsache ist, daß die russische Revolution ... stark mithalf, die großen Freiheitsbewegungen unter den Völkern Asiens und Afrikas in Gang zu bringen, die die Welt rasch zu einer Gemeinschaft gleichberechtigter Völker umgestalten und dazu beitragen, daß Imperialismus und Rassenunterschiede überwunden werden und die Ausbeutung der unterentwickelten Länder durch die fortgeschrittenen an der Wurzel angepackt wird. Die dritte Tatsache ist, daß ... das Leben der Arbeiter und Bauern in Sowjetrußland bei weitem demjenigen vorzuziehen ist, das sie unter dem Zarentum erdulden mußten, und daß ihre ganze Stellung und ihre Möglichkeiten zu Kultur und einem höheren Leben — von der Politik abgesehen — gewaltige Fortschritte aufzuweisen haben.»

Ähnliches muß über das neue *China* ausgesagt werden. Erst unter kommunistischer Führung hat das chinesische 600-Millionen-Volk seine nationale und soziale Befreiung gewonnen; der Hunger als Massen- und Dauerzustand ist so gut wie besiegt, die verheerenden Volksseuchen sind verschwunden, Volksgesundheit und Volksbildung haben einen großartigen Aufschwung genommen, die Frau ist aus ihrer unwürdigen, oft sklavenartigen Stellung zum Menschsein emporgehoben und die Modernisierung und Industrialisierung des Landes in einem Umfang und Tempo begonnen worden, die China in absehbarer Zeit zur führenden Wirtschaftsmacht Asiens machen werden. Kein Wunder, wenn Mary Endicott, die aus über zwanzigjähriger Erfahrung das alte *China* gut kennt, in dem bereits angeführten Buch *Zeugnis um Zeugnis von chinesischen Christen* beibringt, die freudig und überzeugt an der Wiedergeburt ihres Volkes mitarbeiten und namentlich auch den Geist moralischer Sauberkeit, Redlichkeit und Opferwilligkeit betonen, der das ganze Werk des neuen, revolutionären Regimes durchdringt. «Als Chinese», so bekennt der protestantische Pfarrer K. H. Ting, «bin ich natürlich von der hohen Moral im heutigen *China* beeindruckt. Hierüber müßte dem Ausland viel gesagt werden. Noch stärker aber bin ich als Christ an dem neuen Stand des sittlichen Verhaltens des Volkes interessiert.» Und die Verfasserin selbst stellt fest: «Ein neuer Maßstab des moralischen Verhaltens ist entstanden, und eine neue Methode, das Volk dazu zu erziehen, ist im Werden. Ohne diese neue soziale Haltung läßt sich das Ziel, das man sich für die Zukunft gesetzt hat, nicht vollständig erreichen und könnte möglicherweise in Gefahr kommen.»

Westliche Überlegenheit! Kann man Ähnliches, wie es hier vom «gottlos-kommunistischen» Osten berichtet wird, auch von unserem «christlichen» und «freiheitlichen» Westen sagen? Ich habe gar nicht den Eindruck. Nicht wenige westliche Menschen, die mit kommunistischen Ländern des Ostens Fühlung genommen haben oder sie sogar sehr genau kennen, versichern uns, der

Stand des sittlichen Bewußtseins sei bei den Völkern dieser Länder im Durchschnitt höher als bei unseren mehr oder weniger christiani-sierten Nationen, deren Götzen mehr und mehr materielles Wohlleben, Geldmachen, Genuss, Macht und Gewalt geworden seien. Dr. Soper, einer der führenden Methodistenprediger in England, äußerte sich zum Beispiel nach einem allerdings kurzen Besuch in der Sowjetunion, die Russen glichen gewiß dem Sohn im evangelischen Gleichnis, der zum Vater sagt: «Ich will nicht»; aber sie glichen ihm auch darin, daß sie den Willen des Vaters vielfach dennoch tun («Peace News 10. 12. 1954). Auf jeden Fall ist es auch für unsere bürgerlich-kapitalistische Welt bezeichnend, daß in ihr «der Verkauf des Gewissens und des freien Denkens für materielle Vorteile» eine sozusagen normale Le-benspraxis geworden ist und dem wirtschaftlichen und technischen «Fortschritt» wie auch der Staatsraison und der nationalen Selbst-erhaltung die geistig-sittlichen Güter und Werte ganz weithin unbe-denklich zum Opfer gebracht werden.

Daß in einer solchen Welt *wirkliche* Freiheit keine Heimat hat, er-scheint selbstverständlich. Namentlich unsere ganze Wirtschaftsord-nung, die von ihren Nutzniesern und Lobrednern so stolz als eine freie gepriesen wird, ist ja — es ist fast eine Binsenwahrheit geworden — tatsächlich Diktatur und Gewaltherrschaft, wie sie im Buch steht. Statt unzähliger anderer Beispiele, die dafür anzuführen wären, will ich hier nur wiederholen, was Jean Lasserre in seinem wundervoll klaren und unbestechlichen Buch «La guerre et l’Evangile» sagt:

«Ihr, die ihr so laut schreit, ihr würdet niemals solch ein totalitäres Regime ertragen, ertragt ihr nicht sehr gut die ‚Besetzung‘ Frankreichs durch Trusts, die doch fast ebenso abstoßend und verheerend sind wie ein totalitäres Regime, so die-jenigen des Alkohols, des Kinos, der Presse. Seid ihr so sicher, daß die Schäden, die von diesen drei Trusts zusammen in unserem Land angerichtet werden, weniger schwer sind als diejenigen, die uns ein ausländisches totalitäres Regime bescheren würde? ... Und dennoch ergreift ihr nicht die Waffen, um diese Handelsleute abzuschlachten, die sich an der Vergiftung unseres Landes bereichern! Und auch wenn ihr meinet, eine russische Besetzung wäre viel ärger als die gegenwärtige ‚Be-setzung‘ durch diese Trusts, müßtet ihr durchaus anerkennen, daß der Unterschied zwischen diesen beiden Tyranneien ein solcher des Grades ist und nicht des We-sens... Du arme Kirche Jesu Christi! Wo bleibt denn dein *Widerstand* gegen diese Krebsschäden? Du schweigst so vorsichtig gegenüber so vielen Formen der Tyran-nei, der Unterdrückung, der sozialen Ungerechtigkeit, du arbeitest so gern mit so vielen Ausbeutern und ungerechten Regierungen zusammen, daß man sich fragt, warum du dich plötzlich wie *ein* Mann gegen eine besondere Form der Unterdrük-kung empörst.»

So ist denn auch die *politische* Freiheit — die so eng mit der wirt-schaftlichen und sozialen zusammenhängt — in der nichtkommunisti-schen Welt viel geringer entwickelt als die populäre Propaganda wahr-haben will, und der Gegensatz zwischen «freien» Nationen und kom-munistischen Staaten auf diesem Gebiet viel weniger scharf, als die Schwarz-Weiß-Techniker uns vormachen möchten. Ich habe die Aus-höhlung und Entwertung der Demokratie in den spätkapitalistischen

Ländern an dieser Stelle schon so manchmal beschrieben*, daß nur des Zusammenhangs wegen die entscheidende Doppeltatsache wieder in aller Knappeit hervorgehoben sei: Die Freiheitsrechte verlieren in dem Maß an realer Bedeutung, als die Mittel zur Formung der öffentlichen Meinung — Presse, Radio, Fernsehen, Kino, Literatur, Schule, Kirche, Sport, Militär usw. — in der Hand der Interessenten der herrschenden Ordnung liegen und so eine planmäßige Uniformierung des Denkens und Verhaltens der Bevölkerung erzwungen wird (erinnern wir uns nur an die Ungarnhysterie in der Schweiz!); die Selbstregierung des Volkes aber wird im gleichen Grade trügerischer Schein, da die organisierten Wirtschaftsmächte — die «200 Familien», die Verbände, das Industrie- und Finanzkapital usw. — die Parteien, die Parlamente und die Regierungen beherrschen. Man kann diesen Doppelvorgang wohl am besten am politischen System der Vereinigten Staaten studieren; grundsätzlich spielt er sich aber auch in allen anderen kapitalistischen Ländern ab, nicht zuletzt in der Schweiz, die mehr und mehr zu einer autoritären, konservativen, gegenrevolutionären «Demokratie» wird. Die bürgerlichen und politischen Freiheiten, die der aufsteigende Kapitalismus auch den besitzlosen Klassen gewährt hat, wiegen auf jeden Fall immer leichter, je schwerer die wirtschaftliche, die soziale und die politische Macht der organisierten kapitalistischen Kräfte in die Waagschale fällt; ja sie werden zur gefährlichen Selbsttäuschung, wenn die abhängigen Volksschichten gar nicht merken, wer die wahren Herren sind. «Ein Sklave, der protestiert, ohne sich Bestrafung zuzuziehen, hält sich für einen freien Menschen; er vergißt darüber, daß seine Dauerstrafe eben in seinem Sklaventum besteht.» (Claude Aveline in «L'heure du choix».)

Der Anspruch der nichtkommunistischen Staaten, eine «Gemeinschaft der freien Nationen» zu bilden, ruht so schon dann auf schwachen Füßen, wenn man die höchstentwickelten «Demokratien» ins Auge faßt. Er wird aber erst recht zu Heuchelei und Lüge, wenn man an die Mitläufer und Bundesgenossen dieser Demokratien denkt: an die lateinamerikanischen Diktaturen, an reinfaschistische Staaten, wie Spanien und Portugal, an reaktionäre Länder, wie Griechenland und die Türkei, an orientalische Despotien, wie Saudiarabien und Jordanien (die neuesten Satelliten der Vereinigten Staaten) oder Irak und Persien, an die ostasiatischen Feudalzyranneien vom Schlag Siams, Formosas, Südvietnams, Südkoreas oder der Philippinen, nicht zu reden von der südafrikanischen Union, in der ein sogar Hitler-Deutschland überbietender Rassenfanatismus immer neue Triumphe feiert. Die meisten dieser Länder sind nicht nur innerstaatlich alles andere als freie Demokratien, sondern auch außenpolitisch ganz unselbstständig und von fremden Herrschaftsmächten abhängig, Vasallen der großen West-

* Siehe zum Beispiel die zusammenfassende Darstellung im November-/Dezember-Heft 1953 der «Neuen Wege», zweiter Teil der Weltrundschau.

mächte, besonders Nordamerikas, das sie militärisch fest im Zügel hält und finanziell stützt und besticht. Es sind mindestens 55 «freie Nationen» in Europa, Asien, Afrika und Amerika, auf die sich die Vormundschaft, ja Herrschaft der Vereinigten Staaten erstreckt, die eine ganze Reihe von Völkern tatsächlich *verhindern*, freie Nationen zu werden. Und dann erst noch die Herrschafts- und Ausbeutungsmethoden, die die westlichen Demokratien in ihren eigentlichen Kolonien und Halbkolonien anwenden! Algerien ist nur *ein* Beispiel für diese Methoden; es gibt Dutzende von anderen, die kaum weniger schlagend die «Freiheitsliebe» und «Menschlichkeit» der kapitalistischen Demokratien beweisen. Vor dem russischen Kommunismus haben da unsere vielgerühmten freien Nationen angesichts all dieser Tatsachen wahrlich nicht mehr viel voraus! Der Hinweis auf Ungarn macht mindestens auf die Kolonial- und Exkolonialvölker wenig Eindruck. «Sie haben», wie es im «New Statesman» (11. 5.) heißt, «gelernt, den Kolonialismus zu hassen, aber noch nicht den Kommunismus zu fürchten ... Völker unter Sowjet herrschaft mögen wirtschaftlich ausgebeutet und bürokratisch geknudet werden, aber niemand behauptet, sie würden ihrer Farbe wegen als minderwertig behandelt.»

Kurz, die Westvölker sind die letzten, die den kommunistischen Staaten Vorwürfe wegen ihrer (tatsächlichen) Versündigung an Freiheit und Demokratie zu machen das Recht haben*. Jede Anklage, die sie gegen den Kommunismus erheben, fällt auf sie selber zurück. Und der angebliche Kampf für die Freiheit, wie sie ihn führen, trägt nur dazu bei, die Sache der Freiheit in den Weststaaten selbst wie in den kommunistischen Ländern schwer zu schädigen. «Können wir weiterhin», so fragte mit Grund Erzbischof Cushing von Boston (laut «Der Christ in der Welt», Wien, Heft 3/4 1955), «unsere nationale Prestigepolitik durch Gewaltanwendung bis zum Äußersten entfalten und zugleich den Verfassungsgrundsätzen treu bleiben, auf denen unsere Nation beruht? Können wir uns dazu hergeben, die jüngst entwickelten Massenvernichtungswaffen anzuwenden, ohne zugleich die russische Methode, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten, zu übernehmen? Können wir uns gegen Feinde von außen und von innen mit Gewalt verteidigen, ohne schrittweise unser Regierungssystem aus der Demokratie zu einer Diktatur zu machen? ... Die Organisierung unserer nationalen Reichtümer für weltweite militärische Unternehmungen ist auf die Dauer nur durchzuführen, wenn die verfassungsmäßigen Freiheiten, auf denen unsere Wohlfahrt in der Vergangenheit beruhte, durch eine Einparteiregierung ersetzt werden, die jegliche Opposition mit Füßen tritt.»

* Auch ihre enge Zusammenarbeit mit dem Vatikan, diesem zuverlässigen Freiheitshafen, ist kein Ruhmestiel für sie. Der Vatikan seinerseits hat freilich allen Grund, die Sache der Westmächte mit all seinen Kräften zu unterstützen.

Angesichts ihres Freiheitspharisäismus müssen die Westmächte und ihre Parteigänger schließlich auch den Anspruch preisgeben, bei ihnen sei die Sache des *Friedens* schon darum am sichersten aufgehoben, weil ja eine Demokratie niemals eine Kriegspolitik betreiben könne. Ja, eine *echte* Demokratie allerdings nicht. Aber unsere *kapitalistischen* «Demokratien» — sind die wirklich außerstande, Angriffskriege zu entfesseln? Allein schon der Suezkrieg, den die Regierungen von Frankreich und Großbritannien heraufbeschworen haben, ohne ihre Parlamente oder gar ihre Völker selbst zu befragen, sollte ein für allemal die rechte Antwort auf diese Frage geben. Wem das aber noch nicht genügen sollte, der sei an die Dutzende von Eroberungskriegen erinnert, welche die Vereinigten Staaten gegen die Indianer führten, bis sie deren nordamerikanische Siedlungsgebiete völlig in ihren Besitz gebracht hatten, an ihren Krieg gegen Mexiko (1846 bis 1848), der zur Annexion großer Teile der heutigen Staaten Texas, Arizona, Neumexiko und Kalifornien führte, an ihren Angriffskrieg gegen Spanien (1898), der mit der Aufrichtung der amerikanischen Herrschaft über Kuba, Puerto Rico und die Philippinen endete, aber auch an die britischen und französischen Kolonialkriege, an die Interventionskriege der Westmächte gegen die junge Sowjetunion, an die Einmischung der Vereinigten Staaten in Korea und Guatemala und nicht zuletzt an die Begünstigung von Hitlers Eroberungspolitik gegenüber der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, einer Politik, die dann zwangsläufig zum Zweiten Weltkrieg führte.

Militärische Machtpolitik, wie sie auch die Weststaaten seit jeher treiben, ist eben ihrer ganzen Technik gemäß mit Demokratie unvereinbar; die Völker und die Volksvertretungen haben dabei so gut wie nichts zu sagen, besonders wenn die Dinge einmal so weit gediehen sind, daß die letzte Entscheidung über Krieg und Frieden getroffen werden muß. Das gilt auch für die Politik, die die Westmächte gerade jetzt verfolgen, für ihre Einkreisungs- und «Zurückdämmungs»-Strategie gegenüber der Sowjetunion und gegenüber China, für ihre 1945 mit dem Schlag gegen Japan begonnene Wendung zur Atomwaffenrüstung, für die Neuaufrüstung Westdeutschlands und Japans und alles, was damit zusammenhängt. Es wäre vermessen, zu behaupten, diese Politik sei aus den demokratischen Kräften der westlichen Nationen herausgewachsen; sie entstammt den demokratie- und freiheitsfeindlichen Kräften des westeuropäischen und amerikanischen Kapitalismus und ihrer gegenrevolutionären Dynamik. Die Parlamente und Völker werden dabei meist vor fertige Tatsachen gestellt oder bekommen doch so spät Gelegenheit, ein Wort mitzureden, daß sie nur die Wahl haben, ihre Regierungen im Stich zu lassen, also «unpatriotisch» zu erscheinen oder aber zu einer Entwicklung ja zu sagen, die zuletzt schicksalhaft zum Krieg führt. Darum ist es so unendlich wichtig, daß die Völker jetzt, bevor Unwiderrufliches geschehen ist, ihren «demokratischen» Regierungen in den Arm fallen und die sonst unausweich-

liche Katastrophe verhindern — wenn es dazu nicht doch bereits zu spät ist.

Ich fasse zusammen: Der Anspruch der bürgerlich-kapitalistischen Weststaaten, die freie Welt zu verkörpern und deren Sache gegen die kommunistische Tyrannie zu führen, ist vor den Tatsachen nicht haltbar. Die ganze Denk- und Handlungsweise der westlichen «Demokratien» beweist, daß es ihnen bei ihrem Kreuzzug gegen den Kommunismus nicht in erster Linie um den Kampf gegen die Diktaturkräfte im Kommunismus geht, sondern um einen Kampf gegen die revolutionären Kräfte, die in ihm wirken, um einen Kampf zuletzt gegen jeden radikalen, ernst gemeinten Sozialismus*. Mit ihrer Freiheitslösung suchen sie lediglich die Tatsache zu vernebeln, daß der wirkliche Gegensatz, der heute die Welt beherrscht, nicht der zwischen politischer Freiheit und Staatstyrannie ist, sondern der Gegensatz zwischen kapitalistisch-feudalistischer Reaktion und sozialistischer Revolution. Auf der Tagesordnung der Geschichte steht vor allem der weltweite nationale und soziale Freiheitskampf der unterentwickelten Völker und Klassen (zu denen auch solche in Europa gehören), der nach Lage der Dinge meistens eben nicht in den Formen der westlich-parlamentarischen Demokratie geführt werden kann. Wer das trotzdem verlangt und die politische Demokratie, wie sie sich im Abendland entwickelt hat, als Voraussetzung für die wirtschaftliche, die soziale und die nationale Befreiung der «zurückgebliebenen» Völker erklärt, der verkennt vollständig deren tatsächliche Lage und will in Wahrheit die soziale Revolution verhindern, die in Asien, Afrika und Südamerika wie in Süd- und Westeuropa, ja in Nordamerika selbst kommen muß, und durch die allein auch politische Freiheit begründet und der Frieden gesichert werden kann. Was Gunther Stein in seinem Tatsachenbuch «The World the Dollar built» («Die Welt, die der Dollar erbaute») von Amerika fordert, ist auch an die übrigen «freien» Nationen gerichtet:

«Amerika muß seine Wirtschaftsordnung ändern, wenn die Welt in Frieden leben soll. Um seinen Beitrag für die Verhütung eines weiteren Krieges zu leisten, muß Amerika den Preis für den Frieden bezahlen und sein eigenes Haus in Ordnung bringen, die zufällige, krisenerzeugende Art und Weise seines Wirtschaftslebens ändern und sein Wohlergehen auf die Erfüllung des Rechtes seines Volkes auf wirtschaftliche Sicherheit gründen... Um dieses zwiefache Ziel, Wohlergehen und Frieden, zu erreichen, dürfen die Amerikaner (wie schon Roosevelt im Jahr 1944 sagte) nicht mehr einzig auf ihre politische Demokratie zählen, auf ihr Recht, freie Wahlen, freie Rede, eine freie Presse und freie Versammlungen zu haben. Sie müßten die Demokratie vollständig und wirklich machen, indem sie ihre hergebrachten politischen Freiheiten durch moderne wirtschaftliche Rechte ergänzen. Wir müssen, sagte Roosevelt, uns ganz klarmachen, daß wahre individuelle Freiheit nicht ohne wirtschaftliche Sicherheit und Unabhängigkeit bestehen kann. Denn wenn es hier zu Hause keine Sicherheit gibt — so schloß er seine prophetische Warnung —, dann kann es keinen dauernden Frieden in der Welt geben.»

* Das antikommunistische Schlagwort: «Lieber tot als Sklav'» heißt darum nichts anderes als: «Lieber Atomkrieg als Verzicht auf den Kapitalismus!»

Das ist's: Freiheit von Not und Lebensunsicherheit, *wirkliche*, vor allem soziale und wirtschaftliche Demokratie als feste Grundlage auch der politischen Volksherrschaft und des Völkerfriedens — darauf muß unser Sinnen gerichtet sein. Wenn die sich frei nennenden Nationen dieses Ziel fest ins Auge fassen und ihm entschlossen zustreben, dann ist auch der Bann gebrochen, der jetzt auf ihrem Verhältnis zur kommunistischen Welt liegt und die unheimliche Spannung zwischen Ost und West aufrechthält. Dann wird der Alpdruck der Kriegsrüstungen weichen und werden all die riesenhaften Mittel und Kräfte, die heute Tod und Verderben vorbereiten, morgen in den Dienst des Lebens und der Wohlfahrt aller gestellt werden.

3. Juni.

Hugo Kramer

BUCHBESPRECHUNG

Internationale Zeitschriftenschau für Bibelwissenschaft und Grenzgebiete

Im Patmosverlag Düsseldorf von Prof. D. F. Stier herausgegeben, erscheint seit 1951 ein bedeutsames Werk zur theologischen Bibliographie, das eine ganz große Lücke ausfüllt und dessen Herausgabe eine unbedingte Notwendigkeit darstellt; es handelt sich um die halbjährliche Sammlung und Zusammenstellung all jener Aufsätze in Zeitschriften, Jahrbüchern, Akademieberichten, Festschriften usw., die in das weite Gebiet der Bibelwissenschaften gehören. Von geschichtlichen und philologischen Vorfragen über die Probleme der Textherausgabe und -kritik zur fortlaufenden und systematischen Auslegung (letztere hier als «Theologie des AT beziehungsweise NT» bekannt) wird über jeden in der Berichtszeit erschienenen Aufsatz kurz und sachlich referiert, wobei gegen 400 Zeitschriften aus der ganzen Welt verwertet werden; ein Autorenregister ergänzt das wertvolle Werk, das nur in uneigennütziger Weise und mit vielen Opfern herausgegeben werden kann. Zu unserer besonderen Freude sei beigefügt, daß sich auch unsere «Neuen Wege» ausgiebig berücksichtigt finden!

J. L.